

Der eiserne Wille der Ukraine gegen Putins Barbarei

Demokratie, Unabhängigkeit und Freiheit dürfen nicht als selbstverständlich angenommen werden.

Die Ukraine hat immer einen großen Platz in meinem Leben eingenommen. Mein Großvater floh vor dem nahezu sicheren Tod durch die Pogrome, die die jüdischen Menschen in der Ukraine Anfang des letzten Jahrhunderts massakrierten, und er konnte den Großteil seiner Familie und der meiner Großmutter aus der Westukraine nach Amerika bringen. Viele jüdische Menschen, die diese Pogrome überlebt hatten, kamen später bei dem Massaker von Babyn Jar durch die Nazis und ihre Kollaborateure ums Leben. Im Jahr 2014 reiste ich zusammen mit anderen führenden Gewerkschaftsmitgliedern zu einer Solidaritätsmission in die Ukraine, kurz nachdem dort Dutzende von Demonstrierenden während eines Aufstands im Kampf um die Demokratie erschossen wurden. Durch den Aufstand wurde der von Russland unterstützte ukrainische Präsident gestürzt und eine neue Ära der Freiheit und Demokratie eingeläutet, die das ukrainische Volk seit langem herbeigeseht hat.

Wie so viele habe ich mit Entsetzen die Barbarei von Wladimir Putin beobachtet und die Entschlossenheit und den Willen des ukrainischen Volkes bewundert. Putins Streitkräfte töten jetzt Zivilisten – sie bombardieren Kindergärten, Krankenhäuser und Menschen, die sich für Essen anstellen oder versuchen, in Sicherheit zu fliehen. Aber anstatt, dass die russischen Angriffe ihren Willen brechen, hat das ukrainische Volk sich ihnen mit standhaftem Widerstand in den Weg gestellt, auch wenn das Gemetzel und das Leid zunehmen. Dies ist ein Kampf um Menschenleben und Heimstätten, um Freiheit, Selbstbestimmung und Demokratie.

Oleksandr [Sushko](#), der geschäftsführende Direktor der International Renaissance Foundation in der Ukraine, fordert: „Die Stimmen der ukrainischen Zivilgesellschaft müssen geschützt werden, denn wir wissen, dass die Menschen, die für Demokratie und Freiheit eintreten, ganz oben auf Putins Abschussliste stehen.“

Unter diesen „Frauen und Männern, von denen die Demokratie verteidigt wird“ sind auch Lehrkräfte und Gewerkschaftsmitglieder. Wie Jeffrey C. [Isaac](#), Professor für Politikwissenschaften an der Universität von Indiana in Bloomington. im Blog des Albert Shanker Institutes schreibt:

*Bildung ist eine gefährliche Sache für autoritäre Führernaturen und Regime, denn sie bringt frei denkende Menschen hervor, die in der Lage sind, Fragen zu stellen und ihre eigenen Antworten zu finden. Aus diesem Grund sind Lehrerinnen und Lehrer schon lange an der Spitze des Kampfes um Demokratie.*

*In den USA sehen sich Lehrkräfte mit einer gut organisierten politischen Kampagne der extremen Rechten konfrontiert, die den Unterricht in bestimmten Fächern und Perspektiven an öffentlichen Schulen einschränken will, und das alles im Namen eines ‚Patriotismus‘, der einer multiethnischen und multirassischen Demokratie und einer gut ausgebildeten Bürgerschaft offenkundig feindlich gegenübersteht. ...*

*... Wie Human Rights Watch berichtet, müssen Lehrkräfte [in Russland] einen zweiseitigen Text vorlesen, der Schulkinder und Studierende darüber informiert, dass Russland momentan eine ‚besondere Mission zum Erhalt des Friedens‘ in der Ukraine durchführt... und dass die russische Regierung sich dem ‚Frieden‘ und der ‚Freiheit‘ verschrieben hat und dass Russland ‚keinem etwas gewaltsam auferlegt‘.“*

Der Kampf gegen diese Art von Fehlinformationen ist Teil des Kampfes um Selbstbestimmung und Demokratie.

Inmitten von Kriegschaos und Blutvergießen haben ukrainische Lehrerinnen und Lehrer die von Ihnen betreuten Kinder und Jugendlichen auf jede erdenkliche Art und Weise weiter unterrichtet – in Kellern und U-Bahnen, wo sie Zuflucht vor Bombenangriffen suchen, über Messaging-Apps wie Telegram und in Flüchtlingsunterkünften.

Nach Angaben der Vereinten Nationen sind seit Beginn der Gräueltaten fast sekundlich Kinder zu Vertriebenen geworden. Die polnische Bildungsgewerkschaft hat ihr Konferenzzentrum in ein Heim für mehr als 100 ukrainische Waisen und unbegleitete Kinder und ihre Büros in vorübergehende Wohnungen für Frauen und Kinder umgewandelt. Lehrkräfte in Polen, Deutschland, Rumänien und der Slowakei bereiten sich darauf vor, Flüchtlingskinder in ihre Schulsysteme zu integrieren, indem sie ein zweisprachiges Modell anwenden, das für den Unterricht von Kindern und Jugendlichen angewandt wird, die vor dem Krieg in Syrien fliehen.

Die AFT sammelt Spenden für die Unterbringung von Lehrkräften und Kindern, die durch den Krieg in der Ukraine vertrieben wurden. Die Großzügigkeit unserer Mitglieder, von denen viele nicht einmal einen existenzsichernden Lohn erhalten, war enorm. Jeder Cent, den wir sammeln, wird direkt in die Flüchtlingsarbeit fließen. Darüber hinaus trennen sich viele AFT-Pensionsfonds von russischen Investitionen.

Große Teile der Welt sind in Aufruhr – von COVID-19 über Klimakatastrophen bis hin zu humanitären Krisen in Afghanistan, Mittelamerika, Haiti, Südsudan, Jemen und anderswo. Wie der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj letzte Woche in seiner Rede vor dem US-Kongress sagte, brauchen wir neue Allianzen, um Konflikte zu beenden und den Frieden zu erhalten. Die Verantwortlichen der Welt müssen ein Ende der Feindseligkeiten in der Ukraine und in anderen Konfliktgebieten fordern und sich sowohl für die

Stabilisierung der Länder einsetzen, damit die Menschen nicht gezwungen sind zu fliehen, als auch für die Wiederansiedlung von Geflüchteten, deren einziger Ausweg darin besteht, ihre Heimat zu verlassen.

Ich denke, viele der Menschen hier in den Vereinigten Staaten glauben, dass das Überleben unserer Demokratie etwas Selbstverständliches sei. Doch die Demokratie ist heute nicht nur in Ländern wie der Ukraine gefährdet, sondern auch bei uns durch Kräfte, die daran arbeiten, das Wahlrecht einzuschränken, Desinformationen zu verbreiten, den Ausgang von Wahlen zu manipulieren und die friedliche Übertragung der Macht nach rechtmäßigen Wahlen zu verhindern. Selenskyj erinnerte uns daran, dass „Demokratie, Unabhängigkeit und Freiheit“ das Fundament der Vereinigten Staaten sind und nicht als selbstverständlich angesehen werden dürfen. Die Verteidigung der Demokratie können wir nicht anderen überlassen, das zeigen uns die Menschen in der Ukraine, die für ihre Freiheit kämpfen.